

Bezugspreis:

Für den Monat April 1923 12 M. ...

Telegraphen-Verleger: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Hauptzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 4. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Protest-Generalstreik bei Krupp.

Essen, 3. April. (Eigener Drahtbericht). Vormittags Punkt 10 Uhr ...

Noch einmal wendet sich die Kruppische Arbeitererschaft an das Weltgewissen ...

Trotz der Erregung, die sich in der Stadt überall zeigt, steigt die Selbstbeherrschung ...

Der Reichsarbeitsminister hat an den Betriebsrat und die Direktion der Kruppwerke ein Beileidstelegramm gerichtet.

Köln, 3. April. (MfB.) Zu den blutigen Vorgängen in Essen und den Verdrehungsunfälligkeiten der französischen Presse ...

In Wetter ist in den letzten Tagen ein Arbeiter wegen Verteilung der „Humanité“ an französische Soldaten verhaftet worden.

Die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ ist von der Besatzungsbehörde vorläufig auf acht Tage verboten worden.

Der Eindruck in England.

London, 3. April. (MfB.) Die blutigen Vorfälle in Essen werden von der gesamten Presse viel beachtet ...

Der Essener Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt zu den blutigen Vorgängen in den Kruppischen Werken ...

Ein Meisterwerk halber Verlogenheit, mit dem versucht werde, dem vollkommen falschen Eindruck zu erwecken ...

Das Echo in Holland.

Amsterdam, 3. April. (MfB.) Zu den blutigen Vorgängen in den Krupp-Werken schreibt „Algemeen Handelsblad“ ...

Das sozialistische Blatt „Het Volk“ hebt hervor, das Vorgehen der französischen Truppenabteilung sei ein niedriger, feiger Mord.

Die Aktion gegen die Zechen.

Münster, 3. April. (MfB.) Auf den drei am gestrigen Tage neubesetzten Zechen sind von den Franzosen folgende Anlagen besetzt ...

Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet aus Kirchderne bei Dortmund: Die Telephonleitungen der Zeche Scharnhorst nach der Zeche Gneisenau ...

Die Belgier stahlen aus einem Keller des Postamts in Bottrop am 17. März drei Ringe Kupferdraht und aus dem verschlossenen Keller des Postamts in Dorsten 305 Kilogramm Bronzedraht ...

Dortmund, 3. April. (MfB.) Heute vormittag nahmen die Franzosen Requisitionen bei den Automobilhändlern vor. So erschienen sie in dem Geschäft der Rheinischen Automobil- und Motorenfabrik ...

Genosse Dr. Zechlin verhaftet.

Düsseldorf, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Aus einer Besprechung mit Pressevertretern heraus wurde heute unser Parteigenosse, der Legationsrat Dr. Zechlin aus Berlin von den Franzosen verhaftet.

Besatzungschronik.

Essen, 3. April. (Eig. Drahtbericht.) In Bochum und Herne haben die Franzosen öffentliche Lebensmittelverkaufsstellen eingerichtet, die sämtliche Waren 25 Proz. billiger verkaufen als die deutschen Geschäfte.

Darmstadt, 3. April. (Eig. Drahtbericht.) Aus den besetzten heftigen Gebietsteilen wurden von den Franzosen am Dienstag elf neue Ausweisungen verfügt.

Sanktionen in Koblenz.

Paris, 3. April. (Eig.) Wie aus Koblenz gemeldet wird, hat in der Angelegenheit der in der Buchdruckerei Gutenberg in Koblenz begangenen Diebstähle der französische Oberkommissar Tirard Sanktionen ergriffen.

Einheitsfront der Arbeitnehmer.

Arbeiter — Angestellte — Beamte.

Von Albert Falkenberg.

Eine gewerkschafts- und wirtschaftspolitisch gleichbedeutende Frage, die die gesamte Arbeitnehmerschaft lange genug vom theoretischen Gesichtspunkt beschäftigt hat ...

Bereits seit April 1921 besteht zwischen ADGB und AFD-Bund ein Organisationsvertrag; die Verstärkung dieser Front durch die neue Spitzenorganisation der Beamten ...

Die vorgenannten Spitzenverbände, heißt es im Eingang der Vertragsformulierung, vereinbaren „unter Anerkennung des Grundgedahes der parteipolitischen und religiösen Neutralität für sich und ihre angeschlossenen Verbände“ den Organisationsvertrag ...

§ 1 des Vertrages verkündet den Grundsatz, „daß in der Wirtschaftspolitik die gemeinwirtschaftlichen Interessen stets den privaten Einzelinteressen voranzustellen sind“.

Für den sozialen Aufstieg der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist Voraussetzung die Erhaltung der deutschen Republik. Deshalb verpflichten sich die vertragsschließenden Organisationen ...

Der letzte Absatz des § 1 lautet: „Zur Förderung einheitlicher gewerkschaftlicher Aktionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Länder stellt sich auch der ADGB mit den beiden mitunterzeichneten Spitzenorganisationen auf den Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sig Amsterdam).“

fation. Zweifler und Gegner in der Beamenschaft seien daran erinnert, daß auch die neutrale I.T.L. (Internationale des Post-, Telegraphen- und Telefonpersonals) nach Artikel II ihrer Satzung „in großen Arbeitnehmerfragen“ „Hand in Hand mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam“ arbeitet.

Stellt § 1 des Vertrages die Grundsätze auf, deren Verwirklichung als das Ziel gemeinsamer Arbeit der vertragsschließenden Verbände bezeichnet werden darf, dann regeln die übrigen Vertragsparagrafen Arbeitsmethode und Arbeitsgrenzen. Die organisatorische Selbständigkeit der Vertragskontrahenten bleibt unangetastet. In Fragen, die nur die Interessen einer Gruppe unmittelbar berühren, behält jede Spitzenorganisation ihre Selbständigkeit. Dieser Satz räumt hoffentlich die letzten Bedenken auch dort aus, wo Beeinflussung in reinen Beamtenfragen von Arbeiter- und Angestelltenorganisationen befürchtet wurde. Auch die für die Klärung von Meinungsverschiedenheiten vorgesehenen Bestimmungen lassen erkennen, daß auf keiner Seite der vertragsschließenden Verbände die Absicht oder der Wille besteht, den anderen Teil organisatorisch zu unterjochen. Das Gegenteil, das erspriechliche Zusammenwirken wird sich um so schneller erreichen lassen, je reibungsloser sich die anzustrebende örtliche und bezirkliche Zusammenarbeit gestaltet, unter anderem durch gegenseitige Abordnung von Vertretern mit beratender Stimme zu den Vorstands- und Ausschuss-Sitzungen der durch Vertragsverhältnis miteinander verbundenen Organisationen.

Auch nach Abschluß des Organisationsvertrages wird nicht sofort ein hemmungsloses Zusammenarbeiten einlezen. Niemand, der organisatorische Praxis kennt, wird das erwarten. Aber auch zu Pessimismus ist kein Anlaß, weil im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund zusammengeschlossene Konkurrenzorganisationen teils in ihren Spitzen, teils auch in Mitgliedsgruppen noch nicht das Maß von gegenseitiger Duldung aufzubringen vermochten, auf das gerade im Interesse der A.D.B.-Bewegung nicht verzichtet werden kann. Für die Ausräumung dieser Schwierigkeiten dient das zwischen A.D.B., A.F.-Bund und U.D.B. getroffene Abkommen vom 19. Dezember 1922, in dem die Vorstände der Verbände als Organisationsregulatoren anerkannt werden. Aber auch die maßgebenden Instanzen der Organisationen sind nicht in der Lage, die ihnen übertragenen schiedsrichterlichen Aufgaben zu erfüllen, ohne daß die in Frage kommenden Verbände von sich aus den Willen zur Verständigung in die Tat umzusetzen sich bemühen.

Verträge verpflichten. Auch der zwischen A.D.B., A.F.-Bund und U.D.B. abgeschlossene Organisationsvertrag läßt den vertragsschließenden Organisationen neue Verantwortlichkeiten auf, indem sie an die Lösung neuer Aufgaben herantritt. Das gegenseitige Verständnis in Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfragen ist noch nicht in jedem Falle und überall vorhanden. Es wird sich auch nicht anders erreichen lassen, als über den Weg freiwillig erstrebter Verständigung. Dahin bildet der Organisationsvertrag die Brücke. Sie kann von allen beschritten werden, die erkannt haben, daß Gewerkschaftspolitik mehr ist als ein Sonntagsergnügen. Gewerkschaftsarbeit ist Kampf, den man erfolgreich nicht führen kann, wenn man sich in unentschiedenem Schwanken einmal so und ein anderes Mal anders zu den Problemen stellt oder gar sich in Unkenntnis seiner gewerkschaftlichen Pflichten von vornherein auf die Seite des Gegners schlägt. Ausgangspunkt für alle gewerkschaftliche Arbeit bleibt die Wirtschaftsauffassung. Auch für die Beamten, von denen auch heute viele immer noch meinen, sie könnten zwar „angemessene“ Entlohnung fordern, brauchten sich übrigens aber nicht in den allgemeinen Wirtschaftsprozess einzufügen, in dem nicht nur Produktion und Konsumtion zu regeln sind, sondern auch über Entlohnungsnormen entscheiden werden muß. Die Grundsätze, nach denen bis zur Stunde die Gehaltsregelung der Beamten erfolgt, bedürfen so gut der Revision wie die Entlohnungsnormen für Arbeiter und Angestellte. Erstens wird diese Revision niemals von selber kommen, das heißt, ohne daß um sie

gekämpft wird — und zum anderen kann sie nicht bessere Zustände herbeiführen, solange der Wirtschaftsegoismus einer dünneren Oberschicht diese in den Stand setzt, alle Wirtschaftsabhängigen zu unzureichender Lebensführung oder zu einer unsicheren Lebenslage zu verurteilen. Ein Wirtschaftssystem, das diese Möglichkeit zuläßt oder gar solche Handlungsweise deutet, muß als gemeinschädlich bezeichnet werden. Weder Arbeiter und Angestellte, noch Beamte haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieses Systems. Sie alle stehen mitten drin in den Kämpfen, die zwischen Kapital und Arbeit nun einmal ausgetragen werden müssen. Der vorstehend besprochene Organisationsvertrag bietet eine neue Plattform, diesen Kampf erfolgreich zu führen.

Der „Preisabbau“ im März.

Der amtlich proklamierte Preisabbau hat sich, wie wir schon wiederholt betont haben, in den Lebenshaltungskosten nicht ausgewirkt. Im Gegenteil: die amtliche Statistik weist noch eine weitere Verteuerung des dringendsten Lebensbedarfs nach.

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts beträgt die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) im Durchschnitt des Monats März 2854 (1913/14 = 1) gegenüber 2643 im Februar. Die Ziffer zeigt demnach eine Erhöhung um 8 vom Hundert. Die Indexziffer ohne die Bekleidungskosten ist um 9,1 vom Hundert auf 2627 gestiegen. Die Ernährungs-kosten haben sich gegenüber Februar um 4,1 vom Hundert auf das 3315fache, die Bekleidungskosten um 3,8 vom Hundert auf das 4323fache der Vorkriegszeit erhöht.

Immerhin bemerkenswert ist der amtliche Kommentar zu diesen Feststellungen:

Das in der zweiten Hälfte des Monats Februar einsetzende Steigen in der Aufwärtsbewegung der Preise hat sich im März fortgesetzt. Eine Reihe von Lebensmitteln hat sich nicht unwesentlich verbilligt, so vor allem ausländische Fette, Fleisch und Fische; auch Reis, Hülsenfrüchte, Rohmittel und Kartoffeln sind fast überall im Preise zurückgegangen. Andererseits sind Butter, Milch und Eier teurer geworden; besonders erhöht haben sich die Kosten für Wohnung, Heizung und Beleuchtung.

Während zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern erbitterte Auseinandersetzungen darüber geführt werden, ob die Lebenshaltungskosten sich ermäßigt haben oder nicht, stellt das Statistische Reichsamts fest, daß das „Steigen in der Aufwärtsbewegung der Preise“ sich fortgesetzt hat!

Jedenfalls reden die Zahlen eine deutlichere Sprache. Der dringendste Lebensbedarf ist auch im März noch teurer geworden, obwohl die Unternehmer bereits mit aller Kraft auf den Lohnabbau hingedrängt haben und sich dabei auf einen in sagenhafter Ferne schwebenden Preisabbau berufen.

Die Lage der arbeitenden Massen hat sich aber nicht nur durch die fortgesetzte Teuerung, sondern auch durch die zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wesentlich verschärft. Es ist Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß nun endlich der Preisabbau in einer dem Verbraucher spürbaren Weise durchgeführt wird.

Die Freiheitspartei in Sachsen aufgelöst.

Dresden, 3. April. (WZ.) Auf Grund des § 14 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik hat das sächsische Ministerium des Innern die deutschösterreichische Freiheitspartei mit allen Zweigvereinen und Organisationen einschließlich der Jugendvereine Graf Jork von Wartenburg für das sächsische Staatsgebiet verboten und aufgelöst. Das Vermögen der aufgelösten Vereinigung wird gemäß § 18 dieses Gesetzes zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

Eberhardt noch in Untersuchungshaft. Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer stellt in einem Schreiben an die „Leipziger Volkszeitung“ fest, daß Eberhardt sich nach wie vor im Leipziger Gefängnis in Untersuchungshaft befindet.

Der Schutzengel der Organisation C.

Zu der von uns bereits wiedergegebenen „Erwiderung“ auf unsere Notiz über das Eingreifen Bayerns in das Untersuchungsverfahren gegen die Organisation C bemerkt das „Berl. Tagel.“ unter dem Stichwort: „Ein Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit“:

„Ein höchst bedenkliches Verfahren, das erbauliche Verpetitionen für die Zukunft der deutschen Justiz eröffnet. Es schwebt ein Strafverfahren, im Stadium der Voruntersuchung selbstverständlich geheim. Nur der Untersuchungsrichter, ein Reichsgerichtsrat, dessen Objektivität und Sachlichkeit von keiner Seite angezweifelt wird, ist in der Lage, zu beurteilen, wie die Untersuchung sachgemäß zu führen ist. Er setzt Termine zur Vernehmung von Zeugen und Angeklagten an. Er hat das Recht, bayerische Gerichte um die Vernehmung zu ersuchen. Er kann aber auch die Angeklagten und Zeugen persönlich hören. Verständlicherweise wählt er den zweiten Weg. Die Unmittelbarkeit des Eindrucks ist vorzuziehen. Da aber meiden sich „weite Kreise“ in Bayern, ein unbestimmter Begriff, der als Organ der Rechtspflege bisher jedenfalls nicht anerkannt ist. Diesen „weitesten Kreisen“ (stehen sie den Zeugen, stehen sie den Angeklagten nahe?) wäre es lieber, wenn bayerische Gerichte die Vernehmung vornehmen. Weshalb? Die „weiten Kreise“ geben ihren Wunsch an die bayerische Regierung weiter, und die bayerische Regierung leitet den Wunsch, der jetzt zur Anregung wird, an den Reichsminister der Justiz. Und nun kommt das Bedauerliche: Reichsjustizminister Heinze, der zweifellos weiß, daß den „weiten Kreisen“ ein Recht zur Beschwerde gegen Maßnahmen des Untersuchungsrichters gar nicht zusteht, gibt Wunsch und Anregung an den Untersuchungsrichter weiter. Leider hat der Untersuchungsrichter, statt „weiten Kreisen“ zum Trost das, was er für sachlich notwendig hielt, durchzuführen, sich diesem Eingriff in die Unabhängigkeit der Rechtspflege gebeugt. Die Termine aufgehoben und sich nur für spätere Courtualitäten die persönliche Vernehmung vorbehalten. Das ist ein erster Schritt auf einem gefährlichen Weg, der, wenn er keine Remedur findet, zur Untergrabung der Rechtseinheit und Rechtsicherheit Deutschlands führen muß.“

Die „Deutsche Illg. Ztg.“ macht sich über die Erwiderung des Reichsjustizministers lustig, indem sie die Entgegnung mit der Ueberschrift: „Noli me tanger“ (Rühr mich nicht an“) versieht.

Der „notleidende“ Großherzog.

Darmstadt, 3. April. (Eig. Drahtbericht.) Das monarchistische Darmstädter „Tagblatt“ teilt mit: „Das Landgericht Darmstadt hat folgenden Beschluß erlassen: Auf Antrag des vor-maligen regierenden Großherzogs Ernst Ludwig wird dem Hessischen Staat, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, durch einstweilige Verfügung aufgegeben, an den Antragsteller 30 Millionen Mark zu zahlen. Die Kosten der einstweiligen Verfügung hat der Hessische Staat zu tragen.“ Danach hat es also ein hochwohlwollendes Landgericht in der Hand, durch ein Urteil zu verfügen, daß derselbe Staat, der die Richter besoldet, an den ehemaligen Großherzog 30 Millionen Mark zu zahlen hat, damit der arme Herr, der im Besitze von mehreren Schlössern, Gütern, einer Silberkammer u. dergl. Sachwerte ist, aus seiner angeblichen Kollage befreit und instandgesetzt wird, seine Beamten und Hausangestellten zu bezahlen.

Ein General, der nicht weiß, wo er ist! Der General Mangin bereiste als Frankreichs Spezialgesandter Südamerika. Im Stadttheater von Santiago, der chilenischen Hauptstadt, festlich empfangen, hielt er eine Ansprache, die mit den Worten begann: „Seit ich mich in diesem schönen peruanischen Lande befinde usw.“ Bei diesem geographischen Irrtum verließ der tapfere General hartnäckig, und noch bei späterer Gelegenheit beantwortete er den Lauff eines Ministers mit den Worten: „Ich erhebe mein Glas auf das Gedeihen Perus.“ Das ist aber gerade das, was die Chilenen augenblicklich am wenigsten wünschen, da zwischen ihrer Republik und der peruanischen eine erhebliche Spannung besteht. Kein Wunder, daß die französische Kolonie in Santiago über den „Erfolg“ der militärischen Spezialgesandtschaft nicht sehr glücklich ist und daß ihr Schmerzensschrei bis zur Pariser Zeitschrift „Progrès Civique“ gedrungen ist, der wir diese kleine Geschichte entnehmen.

Die Wacht am Koffbuck.

Entwurf einer Verteidigungsrede für die Deutschösterreichischen.

Hochzuverehrender Herr Staatsgerichtshof, Herr Minister Seering usw. usw.!

Nach nie, seitdem die Welt steht, und sie steht bekanntlich erst fest, nachdem sie S. R. Hitler stabilisiert hat wie einen rochen de bronze, ist ein edles Werk, ein nationales Werk, ein soziales Werk schmählicher verkannt worden als das hohe Menschheitsziel, das der Nationalismus zu erreichen anstrebte. Und doch sagt der Name schon alles.

Meine sehr geehrten Herren, es sind zwei Namen, die uns zur Verfügung stehen. Der eine ist „deutschösterreichisch“, der andere „nationalsozialistisch“. Daß beide aber nichts miteinander zu tun haben, eine behauptete Identität zwischen Deutschösterreichischen und Nationalsozialisten keinesfalls bestehen kann, beweist schon ein Blick auf die gänzliche Verschiedenheit der Namen. Der eine beginnt mit „D“, der andere mit „N“. Wie kann da die Rede noch von einer Gleichheit sein?

Daß aber heftigstes Ziel uns vor Augen schwebt, zeigen die Sitten „Deutsch“ und „National“. Ziehen Sie diese beiden zusammen so haben Sie das wahre Rückgrat, den wahren Hinterrund der verbotenen Bewegung. Man wirft uns weiter vor, daß unsere völkischen Bestrebungen dahin gehen, einen Teil des deutschen Volkes, die Juden, unter Ausnahmegesetz zu stellen, sie sogar — auszurotten. Ja, meine sehr verehrten Herren, wer hat denn davon Schuld? Doch nur die Juden, denn könnten wir anstreben, sie auszurotten, wenn sie nicht vorhanden wären? Man befehle die Juden in Deutschland — wir empfehlen unsere Stoßtrupps als geeignetes Mittel dazu — und man wird die vollkommene Harmlosigkeit unseres völkischen Kampfes klar erkennen. Nicht wir, sondern die Juden verdienen verboten zu werden, denn sie sind es, die mit ihrer Existenz uns zu einem Programm verhelfen haben. Von allein hätten wir bei der notorischen Inhabilität unserer Köpfe keines gefunden.

Man behauptet weiter, wir hätten mit Gummimitteln jüdische Wirbeger befalligt. Wir müssen diesen Vorwurf Herrn Seering zurückgeben. Denn hätte er erlaubt, mit Wschinengemehren gegen diese Art von Mitbürgern vorzugehen, so hätten wir nie einen Gummimittel in Bewegung gesetzt.

Vollkommen verkannt worden ist unsere Einrichtung der Hundertschaften. Es handelt sich bei diesen keineswegs, wie Böswillige wollen, um eine militärische Organisation, sondern, wie schon der Name sagt, um eine durchaus sächsische Finanzorganisation. Wir wollen von der Billionen- und Milliardenrechnung zurück auf die alten soliden Zeiten des Hundertter Mit Behmut und nationaler Treue erinnern wir uns der goldenen Zeiten, da mit einem Hundertter die ganze Friedrichstraße zu er-

obern oder das ganze Oktoberfest in selig besonnenem Zustande zu genießen war. Wir beantragen daher Erlaubnis und gefällige Förderung unserer Hundertschaften als notwendigen Bestandteil der vom Reiche selbst eingeleiteten Etüppungsaktion für die Mark. Als Sachverständigen beantragen wir Herrn Reichsbankpräsidenten v. Hovenstein und Herrn 6-Lage-Finanzminister Dr. Bang zu vernehmen.

Unsere Organisation soll militärisch sein. Ja, meine Herren, heißt denn militärisch nun unbedingt gefährdend und flegelich? Wir beantragen zu diesem Punkte Herrn Ludendorff als Sachverständigen zu vernehmen, der aus seiner dahingehenden Praxis beweisen wird, daß militärisch keineswegs kampfsicher und flegelich bedeutet.

Wir sind auch nicht republikfeindlich, meine Herren! Zum Beweise dessen gestatten wir uns Ihnen eine Liste derjenigen unserer Mitglieder vorzulegen, die jeden Ersten Gehalt oder Pension von der Republik freudig und wohlgefällig annehmen. Uns ist kein Fall bekannt, daß einer dieser unserer Herren eine antrepublikanische Gesinnung darin manifestierte, daß er der Republik die Annahme ihrer Gelder verweigerte. Unser Kampf gilt auch nicht dem Parlamentarismus, das zeigt schon der vorgefundene Befehlsplan Berlins, der in einer Befehlsung der Reichskanzlei und des Reichstags gipfelt, um diese Einrichtungen vor dem Böbel zu schützen.

Man hat auch Munition und Waffen bei uns gefunden. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß auch die Republik ihre Feiertage hat und ihren Silvester und daß keinerlei Beweis dafür vorliegt, daß diese Munition nicht zur Herstellung von Feuerwerkskörpern für diese Feiertage, diese Waffen nicht zur Stellung von Ehrensalven für den Silvester dienen.

Sie sehen, meine Herren, wie so Punkt für Punkt der Anklage in ein Nichts versinkt. Sollten Sie sich aber diesen Erwägungen verschließen, so bitte ich zum Schluß, eins zu bedenken: Sie behaupten das Bestehen einer nationalsozialistischen und einer deutschösterreichischen Freiheitspartei im fünften Jahre der Republik. Unser hochzuverehrender Rechtslehrer und Wissenschaftler von Welt Ruf, Herr Prof. v. Freytag-Loringhoven, hat aber einwandfrei festgestellt, daß eine Republik Deutschland überhaupt nicht existiert. Wenn aber diese Republik nicht existiert, so kann eine gegen sie gerichtete Partei auch nicht vorhanden sein, und da kein fünftes Jahr dieser Republik besteht, kann in diesem fünften Jahre weder eine nationalsozialistische noch eine deutschösterreichische Organisation zu verzeichnen sein. Mit warnender Stimme rufe ich den urteilenden Herren Richtern zu: Bedenken Sie das! Beurteilen Sie uns, so verurteilen Sie ein Nichts, eine Null! Wir sink gar nicht da, wir sind ein Irrtum! Nieder mit der Republik, es lebt die Wacht am der Koffbuck! P. u. d.

Die neue Operette des Berliner Theaters. Sie heißt „Madi“ und ist von Robert Stolz, der sein österreichisches Kapellmeisterherz an sie veraußgabte hat. Er hat süße, schmachtende Melodien

und zur Abwechslung das nötige Trara des Blechs und der Pauken. Neue Wege sucht er nirgends, er bleibt in den landläufigen Grenzen, die jedem etwas bieten. In den nächsten Monaten werden die Schlogler: „Wer nie ein Mädel küßt“ — „Warum muß denn gleich geheiratet sein?“ — „Halt dich fest, daß du die Balance nicht verlierst“ (auf einem Rodesskitten zu sitzen) Berlin und Umgebung unsicher machen. Die Textileferanten Grünwald und Stein wiesen die Bahn: sie wollten sich sein und der bürgerlichen Moral Genüge tun, sie mißfielen deshalb halbe Privotalitäten und ganze Sentimentalitäten. Sie wollten vornehm sein und wählten das Risiko abiger Nichtsteuer, deren Lebensaufgabe bei ihnen immer noch Klub, Firt und gesellschaftlicher Sport ist. Mädi will absolut den Grafen Anatol (Schmizlers Anatol stand entfernt Pate), aus Ruiter eines Kavalliers und Vorsitzenden eines Antibeiratsklubs, heiraten. Auf dem Umwege über eine kurze Scheinheirat, die ein Ehehindernis mit dem angeblichen Auserwählten beseitigen helfen soll. Natürlich weiß sie ihn inzwischen fette zu machen, den Pseudobrüutigam auszuküßfen und dem eingeseihten Junggesellen Anatol in einen schmachtenden Ehemann zu verwandeln. Hilde Börner bringt die Wunderkur fertig: reizend, frisch und led, lieb und süß, eine holde Anmut, die mit ihrer Stimme bezaubert, mit ihren vornehm-einfachen Toiletten befißt und mit Tanz und Spiel alle Einwände (gegen den Operettencharakter) beslegt. Als Graf Anatol ist Fritz Werner ganz Kavaller (Wiener Schule), gut bei Stimme, vornehm-lässig, für die schmachtende Anbetung wie geschaffen. Die übrigen Männer sind die reinsten Trottel; Hans Albers, der offizielle Bräutigam, hilft sich aus der Affäre, indem er sich auf Ezentrikitäten verlegt. Als besondere Kabarettneige (aber mit durchgehender Rolle) apradiert Claire Waldhoff mit ihrer bekannten taiten Sauce „mehr oder weniger“. Ja, und die Hauptsache: der letzte Akt spielt in einem richtigen Schloßwogenzug, allem sich das rechte und ein unrechtes Paar finden. Die Bühnenbilder Reheans sind hier wie in den übrigen Akten wohlgeartet. h. d.

Wie entstand das Wort „Jumper“? Noch immer übernehmen wir Deutschen einfach fremdländische Bezeichnungen, sprechen sie dann zwar deutsch aus, was ihnen allen Sinn raubt, anstatt auch für uns einen deutschen Namen oder Ausdruck zu wählen. Zum Beispiel die Benennung des jadenartigen Kleidungsstückes „Jumper“ wäre sehr leicht und richtig übertragen in „Springer“, da seine Kürze jede Bewegung beim Gehen sowie bei Sport und Spiel ohne jealiches Hemmens gestattet.

Im Englischen kommt das Wort aus dem Jahre 1605, war damals aber verkürzt in „jumps“ (Sprünge) und bezeichnete ein Mädchen oder kurzen leinen Mantel, der bis an die Hüften reichte. Dieses, aus ganz grobem Stoffzeug hergestellte Kleidungsstück wurde nur von Männern getragen und zwar bei schwerster Arbeit. Es gehörte damals zur Ausrüstung der Kohlschopper und Hafenarbeiter. Außerdem berichteten Teilnehmer einer Polarexpedition, daß sie Eskimos in formlosen „jumps“ unterhaufen sahen. Erst im 17. Jahrhundert wechselten die „jumps“ ihre Besitzer und zählten von da ab auch zum Bestande der weiblichen Kleidung. Allerdings gaiten sie, in ihrer leinen Form, nur als eine Art Hausgewandung. Ein Jahrhundert später, also zirka 1800, nahm die englische Admiralität Besitz von dem Wort „jumps“, verpaßte

Gewerkschaftsbewegung

Die neuen Besoldungsverhandlungen.

Am 31. März fand zwischen dem Reichsfinanzminister und Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenverbände eine Aussprache statt, in der als Termin für die neuen Besoldungsverhandlungen der 6. April festgesetzt wurde. Ursprünglich wollte die Regierung erst am 10. April über die Berechnung der am 19. März gezahlten Gehälter verhandeln. Die Vertreter der Spitzenorganisationen machten darauf aufmerksam, daß der viel zu spät gewählte Verhandlungstermin zur Folge haben könnte, daß die Beamten, namentlich soweit sie ihre Bezüge monatlich empfangen, Mitte April ohne Vorkasse ausbleiben könnten. Außerdem wurde betont, daß bereits die Februarbesoldung um 26 Proz. hinter den vom Reichsstatistischen Amt ermittelten Teuerungsziffern zurückgeblieben sind und, da die Preissteigerung inzwischen weitere Fortschritte gemacht habe, eine entsprechende Teuerungszulage für März und April erfolgen müsse. Der Reichsfinanzminister erklärte seine Bereitwilligkeit, am 6. April sowohl über die Regelung der Grundgehälter als auch über eine Teuerungszulage zu verhandeln.

Tariffreit in den städtischen Werken.

Zu der unter obigem Titel veröffentlichten Notiz in Nr. 143 des „Vorwärts“ erhielten wir durch das städtische Nachrichtenamt folgende Erwiderung des Tarifvertragsamts der Stadt Berlin:

Unter der Überschrift „Tariffreit in den städtischen Werken“ verbreiten die Angestelltenverbände, die den Tarifvertrag mit dem Magistrat Berlin abgeschlossen haben, eine Nachricht, die die wesentlichsten Tatsachen über die Entstehung des Tarifvertrages verschweigt.

Es ist unrichtig, wenn die Notiz der Angestelltenverbände besagt, der Vertrag sei vom Magistrat ohne zwingende Gründe zum 31. März gekündigt worden. Tatsächlich erfolgte neben der Erwägung, daß möglicherweise die geplante neue wirtschaftliche Form der Werke zum 1. April hergestellt sein könnte, die Aufkündigung des Tarifvertrages, weil die Angestelltenverbände unter dem 2. Februar 1923 eine zusätzliche Tarifvereinbarung beantragten, die der von der Stadtverwaltung geplanten neuen Wirtschaftsform die erheblichsten Schwierigkeiten bereitet hätte. Es war also ein wesentlicher und wirtschaftlich schwerwiegender Ergänzungsantrag der Angestelltenverbände, der die Kündigung des Tarifvertrages vorwiegend auslöste. Weiter verschweigt die Darstellung der Angestelltenverbände, daß der Magistrat nach der formellen Kündigung des Tarifvertrages die Angestelltenverbänden wiederholt eindringlich angeboten hat, den bisherigen Tarifvertrag ohne jede Abänderung oder Ergänzung erneut mit Geltung bis zum 30. September 1923 abzuschließen. Die Angestelltenverbände lehnten eine Verlängerung des bestehenden unveränderten Tarifvertrages ab und überreichten in Fortführung ihrer Absicht, das bestehende Tarifvertragsverhältnis zugunsten der Angestellten nach der Schaffung der neuen Wirtschaftsform der Werke zu verbessern, wesentliche über jede privatwirtschaftliche Übung hinausgehende Verbesserungsanträge.

Das Verschweigen dieser wichtigsten Vorgänge in dem ganzen Tariffreite in der Pressemitteilung der Angestelltenverbände muß selber als actioneel bezeichnet werden, in den Reihen der Angestellten, der Arbeiter sowie der gesamten Berliner Bevölkerung ein völlig irreführendes Bild von der Stellungnahme des Magistrats und der Angestelltenverbände herbeizuführen. Die Aufgabe des Magistrats muß es sein, nicht im engen Interesse der Werkangehörigen, sondern im allgemeinen Interesse der gesamten Gemeindepolitik die freie Gestaltungsmaßnahme der geplanten neuen Wirtschaftsform der städtischen Werke zu sichern.

Hierzu erhielten wir von den beteiligten Organisationen folgende Antwort:

„Es trifft nicht zu, daß ein Antrag der vertragschließenden Organisationen die Kündigung des Tarifvertrages auslöste hat. Der vom Magistrat erwähnte Antrag bezweckte lediglich bei Schaffung der Stadtwerke G. m. b. H. die wohl erworbenen Rechte der Angestellten zu sichern und es war von den Organisationen beabsichtigt, diese Frage auf tarifrechtlich zu regeln und eine entsprechende Bestimmung in den Gesellschaftsvertrag aufzunehmen zu lassen. Es war den Organisationen auch bekannt geworden, daß der Magistrat Berlin sofort nach Schaffung der Stadtwerke G. m. b. H. eine wesentliche Minderung der bisherigen sozialen Rechte vorzunehmen gedenkte. Nur diese Absichten zwangen die Organisationen, die Verhandlungen über gewisse Abänderungsvorschläge zu veranlassen. Die Abänderungsvorschläge zu dem Tarifvertrag sind teils redaktioneller Art, teils soll durch sie eine Anordnung von Bestimmungen anderer Tarifverträge oder der Besoldungsordnung geklärt werden. Stets haben aber die Organisationen erklärt, daß die eingereichten Abänderungsvorschläge nur eine Verhandlungsgrundlage bilden sollen. Der Magistrat lehnte jede Verhandlung ab und erklärte leichten Endes nicht nur die eingereichten Abänderungsvorschläge, sondern den ganzen Tarifvertrag als kritisch.“

Wenn der Magistrat weiter feststellt, daß er im Allgemeininteresse die freie Gestaltungsmaßnahme der geplanten neuen Wirtschaftsform der städtischen Werke sichern muß, stimmen wir ihm hierin bei, werden uns aber jedem Versuch widersetzen, dies auf Kosten der Belegschaft der Werke zu tun. Wir müssen vom Magistrat verlangen, daß er den berechtigten Wünschen der Angestellten, und um solche handelt es sich in diesem Tariffreite, unter allen Umständen ebenfalls im Allgemeininteresse Rechnung trägt.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, der von den Angestelltenorganisationen zur Entscheidung angerufen war, fällt inzwischen nach längerer Beratung einen Schiedsspruch, der besagt, daß über die Abänderungsvorschläge in bezug auf Aufwandsentschädigung, Unfall-, Schutzkleidung, Ein- und Umgruppierung direkt zwischen den Parteien nochmals verhandelt werden muß. Ferner empfiehlt der Schiedsspruch dem Magistrat dringend, allen Angestellten der städtischen Werke einen Vorschuh bis zu sechs Dreizehntel des Märzgehältes umgehend auszuzahlen. Die

Berechnung dieses Vorschusses soll geschehen in Uebereinstimmung mit dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Spitzenorganisationen und der Reichsregierung am 10. April 1923.

Wir stellen fest, daß dieses Ergebnis, das der Schiedsspruch bringt, auch auf dem Wege der direkten Verhandlungen zu erzielen gewesen wäre, wenn man nicht rundweg jede Verhandlung über die Abänderungsvorschläge mit den Organisationen abgelehnt hätte. Im Interesse der Allgemeinheit würde es liegen, wenn bei den künftigen direkten Verhandlungen seitens des Vertreters des Magistrats der Wille zur Verständigung vorhanden wäre. Die Angestelltenorganisationen haben ihn oft genug zu erkennen gegeben.“

Anmerkung der Redaktion: Die Klagen der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation über das Verhalten des städtischen Tarifvertragsamts sind leider nicht neu. Auf die einzelnen Vorgänge zurückzukommen, würde zu weit führen. Es genügt jedoch zu bemerken, daß es ein höchst unglücklicher Zustand ist, wenn ein von einer freigewerkschaftlichen Organisation ausgeschlossenes Mitglied als Magistratsvertreter bei Verhandlungen mit eben dieser Organisation fungiert. Unnötige Verschärfungen und Zusätzungen sind die unvermeidlichen Folgen. Es gibt wohl keine andere Stadt in Deutschland, wo die Gewerkschaften so oft an die Schiedsstellen gegen die Stadtverwaltung appellieren. Das ist ein unerquicklicher Zustand, dessen schnelle Beseitigung im Interesse aller Beteiligten liegt.

Die Eisenbahner des besetzten Gebiets.

Die am 25. März in Eibfeld tagende Konferenz der Betriebs- und Beamtenräte des Deutschen Eisenbahnerverbandes aus den neu- und altbesetzten Gebieten nahm folgende Entschliessung an:

„Der Einbruch des französischen und belgischen Militarismus und Imperialismus ist entgegen dem Wortlaut des Versailler Vertrages erfolgt. Die Eisenbahner erklären vor aller Welt, daß sie wissens- und ehrliebe Weise den Wiederaufbau im Rahmen des Möglichen zu leisten und die zerstörten Gebiete wiederherzustellen. Sie danken allen Gewerkschaftlern im Ausland für ihre ideale und materielle Hilfe und bitten, in der Unterstützung fortzuführen. Der Zusammenbruch des passiven Widerstandes würde den der Deutschen Republik und Demokratie bedeuten. Mit der Republik würden auch die Sozialrechte, die Sozialversicherungen, Arbeitsrechte und Freiheiten und die erste Stufe zum Sozialismus, das Betriebs- und Beamtenrätegesetz fallen. Der Zusammenbruch der deutschen Arbeiterfront, welche bisher stolz waren, der Vortrupp der internationalen Arbeiterklasse zu sein, würde den der ganzen Weltwirtschaft nach sich ziehen.“

Die deutsche Regierung fordern wir dringend auf, energische Maßnahmen zu ergreifen, damit der Erfolg dieses Kampfes nicht durch nationalistischen Vöbel gefährdet wird. Wir fordern weiter die Regierung auf, dem Verstecken über den Lohnabbau entgegenzutreten, weil die Preise in seiner Form soweit gesunken sind, daß die Lebenshaltung von 1913/14 auch nur annähernd erreicht ist; um so mehr, als besonders in Kleidungsstücken eine große Notlage besteht.

Ferner fordern wir von der Regierung, daß sie allen ihren Verwaltungsgestellten eine unbedingte Revidierung der gesetzlichen und vertraglichen Beamten- und Betriebsräterechte zur Pflicht mache.

Die freigewerkschaftlichen Eisenbahnbetriebs- und Beamtenräte der besetzten Gebiete erklären sich zum Schluß weiterhin bereit, die Abwehrfront zu halten und fordern die gesamte deutsche Bevölkerung auf, sie in diesem Kampfe zu unterstützen.“

Entschliessung zur Ruhrbesetzung.

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes faßte in seiner Tagung in München am 25. März folgende Entschliessung:

„Der Beirat nimmt Kenntnis von dem Bericht seiner nach dem Ruhrgebiet entsandten Studienkommission über die Lage und Vorgänge in dem von den Franzosen und Belgiern besetzten Gebiet. Er erwidert in dem in Form passiven Widerstandes geübten Abwehrkampf und in der Stützung dieses Kampfes durch die Gewerkschaften eine auch im Interesse der Arbeiterbewegung liegende Notwendigkeit.“

Die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes werden aufgefordert, die Maßnahmen der Gewerkschafts-Spitzen zu unterstützen.

Ferner fordert der Verband seine Mitglieder auf, allen Bestrebungen republikfeindlicher Kreise, den Abwehrkampf zu nationalistischen Zwecken zu mißbrauchen, energischsten Widerstand entgegenzusetzen und dementsprechend intensiv aufklärend zu wirken. Von der Regierung wird Eingehen auf alle Verhandlungsmöglichkeiten gefordert.

Der Deutsche Textilarbeiterverband verlangt, daß endlich mit der skandalösen, die Besitzenden schonenden Steuerpolitik in Deutschland ausgeräumt wird und die Besitzenden entsprechend ihren Gewinnen und ihrem Vermögen zu den Staatslasten im Interesse einer vernünftigen Erfüllungspolitik herangezogen werden.“

Sabotierung des Achtstundentages bei der Reichspost.

Aus Postbeamtenkreisen wird uns geschrieben:

Die Oberpostdirektion Berlin versucht seit geraumer Zeit, auf Umwegen den Achtstundentag zu durchbrechen und hat neuerdings eine Bezirksverordnung erlassen, in der es heißt:

„Die P. A. haben bis zum 15. 3. (für Stelle I. D. 6) zu melden, ... welche nichtgeprüften Beamten der Bef. Gr. III und IV b (Oberkassierer) den Wunsch haben, im Schalterdienst ausgebildet zu werden und bereit sind, sich dieser Ausbildung in ihrer dienstfreien Zeit zu unterziehen.“

Wiß also der untere Beamte, in Frage kommen nur solche, Befördert werden, so muß er sich von vornherein verpflichten, sich in seiner dienstfreien Zeit der Postverwaltung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen; tut er es nicht, dann kann er jede Hoffnung auf Beförderung begraben. Außerdem bedeutet die Heranziehung der Beamten zum Dienst über acht Stunden hinaus eine Sabotierung des Achtstundentages. Was sagt der Reichspostminister dazu?

Kommunistische Musterkaden.

Aus Jossen wird uns berichtet:

Der „Große Fritz“ Herdener, Vorsitzender des Betriebsrates der Internationalen Schlämmwagen-Gesellschaft, Westfälische Jossen, Mitglied des revolutionären Kontrollausschusses, der Arbeiterkommission und Vorsitzender der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der sich das Vertrauen der „wahren Klassenkämpfer“ erst dadurch erworben hatte, daß er im vergangenen Jahre als Kassierer der Freien Turnerische bei der Revision erklärte, seine plötzlich verstorbene Frau habe das fehlende Geld genommen, hat das Vertrauen seiner Arbeitskollegen dadurch schwer mißbraucht, daß er 810000 Mark Margarinegelder unterschlagen hat. Dieser Arbeiterführer, der erst vor zwei Jahren erfuhr, daß es überhaupt Arbeiterorganisationen gab, nachdem er bei der Firma Weinberg als Betriebsmeister zum Tempel hinauskam, konnte sich in der Bekämpfung der „Gewerkschaftsbongzen“ und „Arbeiterverräter“ von der USPD. gar nicht genug herablassen.

Die USPD. hat in Jossen wirklich Pech. Erst im vorigen Jahre wurde in der Kasse der Warenversorgung des USPD. ein Defizit von über 8000 R. festgestellt; der Kassierer Widert, auch ein wahrer Kommunist, hat sich nicht gekümmert, das Geld von einer Sammelkiste zu unterschlagen, das zur Weihnachtunterstützung alter und bedürftiger Personen bestimmt war. Da er nicht als Kassierer des Metallarbeiterverbandes gewählt wurde, ging er zur Arbeiterunion und wurde dort Kassierer. Die Arbeiterkassier aber mag sich damit trösten, daß sich diese beiden „Helden“ jetzt ein Wohnhaus bauen und mit den Arbeitergroßchen wenigstens die Wohnungsnot bekämpfen helfen.

Betriebsräteschule.

In der vierten Aprilwoche wird ein neuer Unterrichtsabschnitt der Betriebsräteschule beginnen. Es sind 82 Kurse vorgegeben, in denen die Hörer die Möglichkeit haben, sich wichtige arbeitsrechtliche, betriebs- und privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Kenntnisse zu erwerben. Die Kurse finden im Zentrum, Nordwesten, Norden, Südosten und Osten Berlins, ferner in Spandau und Köpenick statt. Die Unterrichtsstunden liegen nachmittags 6-8 Uhr und abends 8-10 Uhr. Die einzelnen Kurse werden sich über acht Wochen (wöchentlich ein Unterrichtsstunde) erstrecken. Höreklarten zum Preise von 500 R. (für Kurzarbeiter zu 250 R. für Arbeiterkassen unentgeltlich) sowie Unterrichtsverzeichnis sind im Bureau der Betriebsräteschule (Engelwerfer 24/25, 2. Hof, 1. Tr.) und bei den Ortsverwaltungen der Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften erhältlich.

Wichtig der Betriebsräte und Funktionäre ist es, die Kollegen in den Betrieben auf das Stattfinden der Kurse und auf die Bedeutung der Arbeiterbildung für den Fortschritt der Arbeiterbewegung hinzuwirken. Nicht nur Betriebsräte können an den Kursen teilnehmen, sondern alle freigewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen. Nur durch intensive wirtschaftliche und arbeitsrechtliche Schulung werden wir fähig, den Angriffen des Unternehmertums erfolgreich zu begegnen. Datum befindet unsere Karte!

Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

Bergarbeiterstreik in Oesterreich. Sämtliche Bergarbeiter Sielwarks sind in den Streik getreten. Die zum Stimmlosen gehörige Alpine Montan-Gesellschaft verweigerte zwei Betriebsräten, die einen Teilstreik auf einem ihrer Werke verursacht hatten und deshalb entlassen worden waren, die Zulassung zu den Lohnverhandlungen für das ganze Revier. Die Arbeiter beharrten aber auf Wiedereinstellung der Entlassenen und deren Teilnahme an den Verhandlungen. Als Folge brach der Generallstreik aus.

Verantwortlich für den rechtl. Teil: Victor Schell, Berlin; für Angelegenheiten: H. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Römische-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, 10178 1. Blatt.

Nicht Cord
allein soll man beim Einkauf fordern,
sondern
um den Reifen zu erhalten, der durch seine Geschmeidigkeit dauerhaft ist und Betriebsstoff spart, fordere man
Continental
Cord

Hautauschlag, offene Füße (Krampfadern)
auch veraltete Wunden, heilt die milde und wohlthuende
Sanitätsrat Dr. Strahls Haussalbe
Elefant-Apothek, Berlin SW, Leipziger Str. 74 (Donkoffplatz).

Beramanns Zahnpasta
Rosodont
die Sparsamkeit selbst
Seif 70 Jahren bewährt

Zwei gute Bekannte
A B C
MERCEDES
DIE BATSCHARI KRONE
IVO PUHONY

Die Werte auf der Straße.

Was gesammelt, gefunden und verkauft wird.

Was ist heute nicht alles Geld. Dinge, die man in früheren Jahren achtlos fortwarf, werden in dieser schweren Zeit sorgsam gesammelt und nach Dollarkurs verkauft. Mögen diese Dinge nun in Kleibern, Knochen, Lumpen, Kisten und zerbeultem Emailgeschirr oder zerknülltem Papier bestehen, für alles gibt es Geld. Eine ganze Zeitung wurde Papier alt sowie neu stark gekauft. Doch im Augenblick scheinen die Metalle vorherrschend zu sein. Während der Ferienzeit der Schulkinder sah man in den Straßen Berlins fast gar kein Papier mehr umherliegen. Da, es schien, als ob die Schuljugend die Strophenfeger mit Gewalt erwerbslos machen wollte. Denn niemand anderes war es als die Schuljugend, die Berlin vom weggeworfenen Papier säuberte. Es ist ganz interessant, zu erfahren, wie diese Jungen und Mädchen sammeln, um zuweilen etwas für die teure Lebenshaltung im Elternhause beizutragen. Hören wir einmal einen Jungen an, der etwas (nur etwas, denn alle Geschäftsgeheimnisse verrät er nicht) aus seiner „Propis“ ausplaudert:

Der kleine Sammler.

Zunächst meinte er, muß man sich einen ordentlichen Sack anschaffen, der dazu da ist, Papier, Lumpen usw. aufzunehmen. Dann kann die Reise losgehen. Ausgangspunkt: Reußkolln. Von hier geht er nach Teeplo und sucht alle Straßen ab. Nun kommt es vor, daß auch andere Kinder gesammelt haben und dann bleibt natürlich für ihn nichts mehr übrig. Ist Teeplo abgegrast, so geht die Reise zum — Schlesischen Bahnhof, wo die Wertesäcke als Fundorte dienen. Weiter geht es zum Bahnhof Jannowitzbrücke, um darauf das Zentrum der Stadt, wo die Beute oft sehr reichlich ausfällt, abzusuchen. Beim Sammeln verrinnt die Zeit zu schnell, und so muß man dann bald den Heimweg antreten. Doch auch hierbei sammelt man noch so gut es geht, denn der Kolibuss Damm ist, wie er meint, auch nicht so „ohne“, d. h. mit anderen Worten: dort liegt auch noch Papier. Die folgenden Worte des Knaben zeigen, wie es unterem neugierigen Alter geht: „In Müllkästen suchen wir nicht mehr“, meint er, „das besorgen schon die alten Leute.“ Ist der Tag verstrichen und der Sack einigermaßen gefüllt, dann wird die Sammlung beim Produkthändler verkauft. Der Sammler hat sein Tagewerk vollbracht. Einen Wunsch äußert noch der Kleine: Er möchte gar zu gerne die Papierföhrer der Redaktion des „Vorwärts“ ausleeren. Soweit der kleine Praktiker. Während der Ferienzeit laufen die Kinder den ganzen Tag auf der Straße umher. Viele legen das erworbene Geld in Näschereien an, andere wieder für einen Kinobesuch, ein Teil macht damit den Eltern eine Freude. Hier liegt nun die bedenkliche Seite. Die Möglichkeit, ohne allzu große Schwierigkeiten Geld auf der Straße sammeln zu können, führt zu einer der Erziehungsmassnahmen beeinflussenden ungesunden Ausbildung des Erwerbssinnes. Das wird nicht immer, aber zuweilen den Charakter der Kinder in höchst ungünstiger Weise beeinflussen, so daß es Pflicht der Eltern und Erzieher ist, diese wilde Sammlertätigkeit eifer strengem Kontrolle zu unterziehen.

Beim Händler.

Wie schon eingangs erwähnt, beherrschen die Metalle den gesamten Produktmarkt. Geradesu feuchenhast sind in letzter Zeit die Produktengeschäfte emporgeschossen. Fast in jedem Hause befinden sich heute Metallankaufsstellen. Ueberall werden die höchsten Preise angefordert. Diese Preistafeln, worauf ein Händler den anderen überbietet, sind es, die viele zum Stehlen von Altmaterial veranlassen, um in den Besitz der angebotenen Summen zu kommen. Trotzdem eingetragene Firmen keine unreelle Ware kaufen, wird doch den Dieben genug Gelegenheit geboten, ihre Sachen abzuschleichen. Irgendwo sitzen immer Ankäufer, die die sogenannte „treibe Ware“ gerne abnehmen. Es drängt sich dabei vor allem die Frage auf, warum so vielen höchst unsicheren Kantonisten die Handelsverläubnis mit Produkten aller Art erteilt wird. Sieht man sich diese Betriebe etwas näher an, so ist man erstaunt darüber, mit welcher einfachen Mitteln sie eingerichtet werden konnten. Ein Beispiel: Irgendwo im Norden Berlins stehen vor einem Hause nicht weniger als fünf Schieber, worauf die Preise für Metalle, Lumpen usw. notiert sind, d. h. es gibt in diesem Hause nicht weniger als fünf Händler, die sich gegenseitig überbieten. Will man die große Ankaufsstelle näher kennen lernen, so hat man erst einige Höfe zu passieren, um schließlich in einem tiegeligen Keller

zu landen. Eine Petroleumlampe verbreitet spärliches Licht und mühsam erkennt man eine Waage. Das ist das A und O des ganzen Betriebes. Auf die Frage: „Was bringen die Leute alles zum Verkaufen heran?“ antwortet der Händler mit einem Worte: alles. Alle Hängelampen, Campensüße, Stempelhalter, Spielstuscher und auch oft Sachen, die noch großen Wert besitzen. Angezogen durch die hohen Metallpreise, brechen die Leute im Haushalte alles an, was Lechlichkeit mit Metall besitzt, um es dann zu verkaufen. Oft bringt man Pokale mit Inschriften oder sonstige Auszeichnungen, die Metallwert haben. Da, ein Postbeamter brachte sogar seine Trompete aus Messing, wofür er einige tausend Mark erhielt. Nicht immer verkaufen die Leute ihre Sachen aus Not. Wenn aber ein altes Mütterchen erscheint und Plättchen samt Holzern verkaufen will, dann weiß man, daß hier die Not aufs äußerste gestiegen sein muß. Des weiteren bringen die Leute Zeitungspapier sowie Bücher und Broschüren. Auf diesem Gebiete betätigen sich zuweilen die Schulkinder. Sie müssen aber dazu einen Erlaubnischein der Eltern mitbringen. Sonst wird nichts abgenommen. Man wird einwenden, daß die Kinder sich diese Scheine selber ausdenken können. Diese Einwendung ist auch berechtigt. Dann wird ein vorübergehender Fremder ersucht, einen solchen Schein auszusprechen. Es sei festgestellt, daß es Leute gibt, die diese Bitte erfüllen und die somit dem unreellen Treiben der Kinder noch Vorschub leisten.

Die Metall-, Papier- und Lumpenverwertung.

Hat der Händler eine größere Menge Metall aufgekauft, so nimmt er die Sortierung vor und schickt dann das sortierte Metall zum Großhändler, der es ebenfalls noch einmal sortiert, um es dann zur Gießerei zu schicken. Da die verschiedenen Sorten von Kupfer eine andere Farbe besitzen und diese beim Einschmelzen hervortritt, nimmt auch noch die Gießerei eine sachgemäße Sortierung vor. Das selbe ist der Fall bei anderen Metallen wie Messing, Blei oder Zink. Nur daß diese in mehr oder weniger Sorten eingeteilt werden. Eisen erfährt die gleichen Behandlungen. Beim Papier unterscheidet der Händler verschiedene Sorten. Da ist zuerst das ordinäre Papier oder wie es im Volksmunde heißt, die „Stampe“. Als zweite Sorte kommen die neuen Zeitungen in Frage. Diese nennt man „Original“. Bücher, Broschüren und Zeitschriften stellen ein Sonderprodukt dar und werden als „Druck“ bezeichnet. Das Papierfordpapier muß extra sortiert werden, weil hier alle Sorten vorhanden sind. Vom Großhändler gelangt das Papier direkt zur Fabrik, wo das ordinäre Material durch Reingewinn zur Neuerungsbereitung vorbereitet wird. Von den Papierfabriken bevorzugt wird das neue Zeitungspapier. Hier fallen alle Vorarbeiten fort, denn das Bündel braucht nur entpackt zu werden und die Neuerungsbereitung kann beginnen. Der „Druck“ wird entdeckelt und entnobelt, macht aber im übrigen nach der Sortierung das übliche Verfahren durch. Lumpen weisen die meisten Sorten auf. Allein Kammgarn teilt man in 40 bis 45 verschiedene Arten ein. Der Produkthändler sortiert die Lumpen und schickt sie dann zum Großhändler, der abermals eine Sortierung vornimmt, ehe er diese zur Tuchfabrik schickt.

Der Dollar regiert den Produktmarkt. Ist der Dollar hoch im Kurs, so werden hohe Preise gezahlt. Von jeder noch so kleinen Dollarschwankung ist der Produkthändler unterrichtet. Häufiger Gast im Altmetallhandel ist die Kriminalpolizei. Sie prüft die Bücher und vergleicht das Material, um zu sehen, ob hier oder da vielleicht gestohlene Gut vorhanden ist. Bei eingetragenen Firmen achtet man bei Ankäufen streng auf die Legitimation des Verkäufers, aber trotzdem sind Strafen unvermeidlich.

Mag-Gyth-Schule. Der Magistrat hat beschlossen, der Städtischen Maschinenbauhalle (Berlin N 65, Am Juppelstr.-Platz, im Gebäude der Deutsch-Schule) den Namen „Mag-Gyth-Schule“ beizulegen, zur Erinnerung an Mag-Gyth, den hervorragenden Ingenieur, der weiten Kreisen als Dichter und humorvoller Schriftsteller bekannt geworden ist.

Das Berliner Notgeld bleibt bis auf weiteres im Verkehr. Der Magistrat teilt mit: Das Großnotgeld der Stadt Berlin bleibt bis auf weiteres im Verkehr, der Zeitpunkt der Wiedereinziehung wird später bekanntgegeben.

Lockenkünstler.

Es gibt doch noch Idealismus und Berufsfreude in der Welt! Die Berliner Friseurgehilfen haben im ganzen Jahre drei freie Tage, die zweiten Tage der hohen Festtage. Davon opferten die Damenfriseurgehilfen (Verein der 84er) den Ostermontag zu einem Wettbewerb in ihrer Kunst, an dem sich auch fünf Gehilfen aus Wien und frühere, jetzt in Leipzig, der Tschechoslowakei usw. selbständige Mitglieder des Vereins beteiligten. Mit dem Preis- und Schaustreiferen in den „Kammerfäden“ war eine sehr reichhaltige Ausstellung Berliner und auswärtiger Firmen der Branche verbunden, in der alle erdenklichen Parfümerien, Haarfärbemittel, Toiletteartikel, kurzum all dessen, was zur Haar- und Nagelpflege, wie zur Schönheitspflege überhaupt gehört, zu sehen waren.

Um 6 1/2 Uhr wurde das Zeichen zum Beginn des Frisierens gegeben, an dem sich 26 Wettbewerber, worunter nur eine einzige Friseurin, beteiligten. In zwei langen Tafeln mit Doppelspiegeln saßen die vorher ausgelosten Modelle in weißen Mänteln mit aufgelöstem Haar, nur blondem Haar in den verschiedensten Nuancen, die zur Vorbereitung bereits geschminkt waren. Die Musik setzte ein und mit ihr das Klappern der Ombustereifen, das sie kaum überhören konnten. Unter den stinken, wohlgeübten Händen entstanden in der festgesetzten Zeit die düftigsten, anmutigsten Damenhaargebilde als Abendfrisuren für Theater und Gesellschaft. Uebung, Gewandtheit und Geschmack vereinigen sich hier zu einem hohen Können. — Es ist etwas ganz Eigenartiges um die Kunst des Damenfrisierens, die die anerkannt tüchtigsten Kräfte des Faches hiermit an den Tag — vielmehr den Abend legten. Die Arbeit ist für einen einzigen frohen Abend geschaffen und mit dem Traum ihrer Trägerinnen ist sie dahin, verweht. Und doch macht dieses Schaffen dem Arbeitenden Freude, da er sein Können zu einem ganzen Werke nähren kann, das die Krone der Schöpfung krönt. Doch die Kunst geht hier um ein farges Brot. Nach dem letzten Tarifabschluss am 8. März betrug der Wochenlohn eines Berliner Damenfriseurs 23 000 M., der einer Friseurin 22 500 M.

Die Frauen und Töchter der Arbeiter und Angestellten, die eine gute Frisur (wenigstens bei festlichen Gelegenheiten) auch zu schätzen wissen, können sich meist die Ausgabe dafür heute nicht mehr leisten. Sie haben andere Sorgen und müssen sich auch zu ihren seltenen Vergnügungen selber küssen. Und doch haben sie einen Anspruch darauf, sich gelegentlich einmal mit ihrem schönsten natürlichen Schmuck zu verschönern. Trotzdem so vieles andere zu wünschen übrig ist, wäre dennoch eine größere Volkstümlichkeit der Damenfrisierkunst erwünscht.

Die Finanzierung der Nord-Südbahn-Reststrecke.

Beihilfe des Reichs aus dem Erwerbslosenfonds.

Der Aufsichtsrat der Nord-Südbahn-Gesellschaft sowie besondere Ausschüsse des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung werden sich in der nächsten Zeit mit der Frage der Finanzierung der Nord-Südbahn-Reststrecke zu beschäftigen haben. Die Fertigstellung der im Bau befindlichen Strecke Hallesches Tor-Kaiser-Friedrich-Platz, sowie die Weiterführung der Bahn bis zum Hermannplatz wird noch sehr erhebliche Geldmittel erfordern, desgleichen die Wiederherstellung der Weiden-dammer Brücke, der Straßensplasterung usw. Vorauswärtlich wird das Reich mehrere Milliarden aus dem Erwerbslosenfonds zur Verfügung stellen, damit bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit Erwerbslose bei dem Nord-Südbahn-Bau Beschäftigung finden können. Die genannten Instanzen werden sich auch mit der Frage zu beschäftigen haben, wie die Mittel zu einer notwendigen Ergänzung des Wagenparks aufgebracht werden können, da die Hochbahn keine weiteren Waggons mehr abgeben kann und bei Weiterführung der Nord-Südbahn bis Reußkolln der jetzige Wagenpark unbedingt verdoppelt werden muß. Man hat sich nunmehr für einen jezt auch in London eingeführten Wagentyp entschieden, der an jeder Seite der breiteren und längeren Wagen drei zweiflügelige Schieberfenster und im Innern nur Bänke aufweist. — Die Uebergangsstrecke am Untergrundbahnhof Leipziger Straße wird jezt mit Rücksicht auf den starken Verkehr um einen halben Meter verbreitert.

(Nachdruck verboten. Der Wall-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

76) Von John dos Passos.

Nach dem amerikanischen Manuskript überseht von Julian Gumbert.

Draußen vor dem Hotel Crillon waren viele Limousinen, grau lackiert mit weiß gemalten Zahlen auf den Türen. Die Führer standen in Gruppen unter dem Portal. Andrews passierte die Wache und ging hinein. Auf der einen Seite führte eine Tür in ein großes Wohnzimmer, wo viele Frauen und Männer Teetrank und aus dem Geräusch von Backwerk strömte. Auf dem roten Teppich vor ihnen standen Offiziere und Zivilisten, die leise miteinander sprachen. Sporen und Geschirr klirrten aus dem Restaurant, und auch in Andrews Nähe. In einem Lederstuhl sah ein fetter Mann mit einem schwarzen Belourhut über den Augen und einer großen Uhrkette, die gespannt über seinem voluminösen Bauch hing. Gelegentlich räusperte er sich und spuckte in den Spudnapf neben sich.

Endlich erblickte Andrews Aubrey, der mit seinen weißen Baden und seiner großen, runden Hornbrille wie eine abgewaschene Porzellanpuppe ausah.

„Kommen Sie mit!“, sagte er und presste Andrews am Arm. „Sie kommen spät!“

Dann fuhr er fort und sprach flüsternd in Andrews Ohr beim Hinausgehen durch die Tür: „Große Dinge sind heute auf der Konferenz vor sich gegangen, kann ich Ihnen nur sagen!“

Sie überschritten die Brücke. Bei der Depuliertenkammer, den Fluß hinunter, konnte man undeutlich den Eiffelturm sehen, der wie ein Stück Spinnwebgewebe, zwischen die Stadt und die Wolken gehängt, von dünnem Nebel umflossen war.

„Müssen wir wirklich zu diesen Leuten gehen, Aubrey?“

„Ja, Sie können nicht mehr zurück. Genevieve Rod will etwas von Ihnen über amerikanische Musik hören.“

„Aber was in aller Welt kann ich ihr von amerikanischer Musik erzählen?“

„Wenn Sie wollen, brauchen Sie auch gar nichts zu sagen.“

Sie gingen eine Treppe mit braunen Teppichen hinauf. Oben angelangt, klingelte Aubrey. Nach einem Augenblick öffnete ein Mädchen. Sie hatte eine Zigarette in der Hand,

ihr Gesicht war bleich unter einer Masse rötlich-braunen Haares, ihre Augen sehr groß und hellbraun, so groß wie die Augen der Frauen auf den Gemälden von Artemisius und Bereniki. Sie trug ein einfaches schwarzes Kleid.

„Endlich!“, sagte sie und streckte Aubrey die Hand entgegen.

„Hier ist mein Freund Andrews.“

Sie hielt ihm abwesend die Hand entgegen und schaute immer noch hinüber zu Aubrey.

„Spricht er französisch?“

„Oui.“

„Hierher bitte.“

Sie gingen in ein großes Zimmer, in dem ein Piano stand und wo eine ältliche Frau mit grauem Haar, gelben Zähnen und denselben großen Augen wie ihre Tochter vor dem Kamin stand.

„Mama, endlich kommen die Herren.“

„Genevieve hatte Angst, Sie würden nicht kommen.“ sagte Madame Rod zu Andrews lächelnd. „Monsieur Aubrey hat uns so viel von Ihrem Spiel vorgeschwärmt, daß wir den Tag über ganz aufgeregert waren. . . Wir verehren die Musik.“

„Ich wünschte, ich könnte etwas mehr tun, als nur die Musik verehren.“ sagte Genevieve Rod hastig. Dann fuhr sie mit einem kurzeln Lächeln fort: „Aber ich vergaß. — Monsieur Andrews — Monsieur Konrad.“

Sie machte mit ihrer Hand eine Geste von Andrews zu dem jungen Franzosen, der sich mit seinem Cutaway und seiner sehr engen Weste zu Andrews hinüber verbeugte.

„Jetzt wollen wir ein wenig Tee trinken.“ sagte Genevieve Rod. „Man kann nur richtig miteinander sprechen, wenn man Tee getrunken hat. Nur nach dem Tee ist man amüsant.“

Sie zog einige Gardinen zurück, die die Tür in das nebenan liegende Zimmer verhängen.

„Ich verstehe, warum Sarah Bernhard Gardinen so liebt.“ sagte sie. „Sie verleihen dem Dasein etwas Dramatisches. . . Es gibt nichts Herrlicheres als Gardinen.“

Sie sah am Kopfende eines Eichentisches, wo Porzellan-geschirr mit buntem Gebäd, ein alter Kessel, unter dem Spiritus brannte, eine Meißner Kanne und Tassen und Teller in schöner Anordnung standen.

Die alte Frau, die neben ihr saß, flüsterte ihr etwas zu und lachte. Genevieve sah aus, als ob sie eine Hornbrille auf habe; sie begann, Tee einzugießen.

„Debussy hat einmal aus dieser Tasse getrunken. . . Sie hat einen Sprung.“ sagte sie und gab sie John Andrews. „Kennen Sie Mussorgsky, und können Sie etwas von ihm uns näher spielen?“

„Ich kann überhaupt nichts mehr spielen. . . Vielleicht nach drei Monaten wieder.“

„O, niemand erwartet von Ihnen etwas Vollkommenes. Sie sollen uns nur ein wenig unterhalten, das ist alles, was ich will.“

Andrews schlürfte seinen Tee langsam, sah dann und wann zu Genevieve hinüber, die plötzlich sehr geschäftig mit Konrad zu sprechen begonnen hatte. Sie hielt eine Zigarette zwischen den Fingern ihrer langen, dünnen Hand. Ihre großen, hellbraunen Augen waren erstaunt, als ob sie heute zum erstenmal in die Welt hinausschauten. Ein Lächeln erschien und verschwand maliziös wieder auf der Rundung ihrer Wangen — in ihren kleinen, festen Lippen. Die ältere Frau neben ihr sah beständig ihre Gäste mit einem tomischen Ausdruck von Gastfreundschaft an und lächelte verbindlich, so daß man ihre gelben Zähne sehen konnte.

Nachher gingen sie wieder hinüber in das andere Zimmer, und Andrews setzte sich an das Klavier. Das Mädchen sah sehr gerade in einem kleinen Sessel neben dem Klavier. Andrews ließ seine Finger über die Tasten gleiten.

„Sie sagten, Sie kennen Debussy?“

„Ich? Nein. Aber er pflegte meinen Vater zu besuchen, als ich noch ein kleines Mädchen war. Ich bin inmitten von Musik aufgewachsen. . . Es ist sehr dumm, eine Frau zu sein. Ich bin nicht musikalisch. Natürlich habe ich ein Gefühl für die Musik, wie auch die Tische und Stühle in diesem Hause es nach der vielen Musik haben, die sie gehört haben.“

„Haben Sie je La Tentation de Saint Antoine gelesen?“ fragte Andrews leise.

„Von Flaubert?“

„Ja.“

„Es ist nicht seine beste Arbeit, aber immerhin ein sehr interessanter, wenn auch mißglückter Versuch.“ sagte sie.

Andrews stand vom Klavier auf, plötzlich sehr irritiert. „Man scheint hier alle Leute zu lehren, das zu sagen,“ murmelte er. Er bemerkte plötzlich, daß auch noch andere Menschen im Zimmer waren und ging zu Madame Rod hinüber. „Sie müssen mich entschuldigen.“ sagte er. „Ich habe noch eine Verabredung.“

(Fortsetzung folgt.)

Immer wieder der Kirchensteuerärger.

Zu dem Thema „Kirchensteuer von Dissidenten“, das anscheinend unerschöpflich ist, haben wir in den letzten Wochen wieder verschiedene Zuschriften erhalten. Darunter sind einige, die sich mit der Frage beschäftigen, wen die Schuld an diesen immer wiederkehrenden Belästigungen der Dissidenten trifft. Die einen richten ihre Vorwürfe gegen die Kirche, die anderen wollen den Finanzämtern die Verantwortung aufbürden.

Ein Dissident, der 1906 aus der evangelischen Kirche austrat und den man seitdem niemals mehr zur Kirchensteuerzahlung heranzuziehen versucht hat, erhielt 1923 zu seiner größten Überraschung plötzlich wieder eine Zahlungsaufforderung. Mit Unkosten beschaffte er sich die Kirchenaustrittsbekanntmachung, mit Zeitverlust machte er sich auf die jetzt auch nicht billigen Soden und Söhlen zur Kirchensteuer-Reklamationsstelle in der Neuen Friedrichstraße. Hier sagte man ihm, daß „Versehen vorkommen können“ und „Irrtum menschlich ist“. Man riet ihm, sich zu vergewissern, ob er im Hausbuch richtig als Dissident vermerkt sei. Aber eine Anfrage beim Hauswirt ergab, daß es am Hausbuch nicht lag. Bei allen Meldungen und Eintragungen hatte dieser Dissident sich als solchen angegeben, und dennoch wollte die Kirche noch Tribut von ihm haben. Ein anderer Dissident, der schon 1895 seinen Austritt aus der Kirche vollzogen hat, ist ein Vierteljahrhundert hindurch niemals mit einer unberechtigten Kirchensteuerforderung belästigt worden. Erst 1923 wurde auch ihm eine Zahlungsaufforderung überbracht, leider in seiner Abwesenheit. Auf Verlangen des Beamten mußte er der Reklamationsstelle seine Austrittsbekanntmachung übersenden. Da stellte sich schließlich heraus, daß auch seine schon vor elf Jahren verstorbenen Frau, die Ädlin gewesen war, als Christin in den Listen stand. Eine Anfrage des Mannes beim Finanzamt ergab, daß dort alles richtig eingetragen war. Später kam zu ihm nochmals ein Beamter, forderte die Zahlung der Kirchensteuer und drohte mit Pfändung. Als die Austrittsbekanntmachung vorgelesen wurde, zog er unter Entschuldigungen ab. Eine Dissidentin, die bei der Veroniansandnahme die ihr als Angehörigkeit erscheinende Frage nach ihrer Konfession zu beantworten absichtlich unterlassen hatte, sollte als „Ädlin“ besteuert werden. Sie klagte das Finanzamt über den Irrtum auf, gab bei der nächsten Personenstandsaufnahme ihre Konfessionslosigkeit wieder nicht an und wurde nun zur Steuer für die evangelische Kirche veranlagt. Das Finanzamt Friedenau, dem sie ihre Bemerkung über den neuen Vermerk ausdrückte, antwortete ihr, die Schuld treffe sie selber. Wird sie fortfahren, die Auskunft darüber zu verweigern, wie sie es mit der Religion hält? Vielleicht wird sie dann beim nächstenmal, weil Abwechslung ergötzt, zur Steuer für die katholische Kirche veranlagt.

Keiner der uns mitgeteilten Fälle kann uns in der Ueberzeugung erschüttern, daß die Hauptschuld die Kirche trifft. Nach wie vor sind wir der Ansicht, daß die Kirche selbst sich vergewissern muß, wer zu ihr gehört und wer nicht. Es wird Zeit, daß man auch die Einreibung der ihren Gläubigern abgeforderten Steuern endlich ihr selber überläßt.

Die letzten Morde.

20 000 M. Belohnung zur Aufklärung des Stiefmuttermordes.

Der Stiefmuttermord in der Klopstockstraße harret noch der Aufklärung. Die beiden flüchtigen Mörder konnten noch nicht ergriffen werden. Der Polizeipräsident hat für die Aufklärung des Mordes eine Belohnung von 20 000 M. ausgesetzt.

Die Aufklärung des Griechenmordes hat ein helles Licht auf die Beziehungen gewisser Mädchen zu den Ausländern geworfen, die in Berlin in so großer Zahl wohnen. Es zeigte sich wieder einmal, daß auch Mädchen aus besser gestellten Kreisen sich den Ausländern geradezu an den Hals werfen. Der Mörder des Studenten war im höchsten Grade geschlechtskrank. Georgatus war ein verkommener Bursche, der seit Jahresfrist nichts getan hat als in Kaffees herumzulauern und auf Kosten seiner Landsleute zu leben. Er benutzte ihr Geld zu allerlei Schiebergeschäften, insbesondere auch mit angeblich englischen Stoffen. Zu dem Stiefmörder, das er am Donnerstag mit einem Mädchen verlobet hatte, konnte er nicht gehen, weil er kein Geld mehr hatte. Am Freitagabend aber bezahlte er bei seiner Wirtin 100 000 M. Schulden. Das Geld des Ermordeten hatte er auf der Bank bis auf 20 000 M. bereits abgehoben und durchgebracht.

Ein Salzfäureattentat auf Eifersucht.

Unter der Anlage der Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalles hatte sich eine Frau Boldt vor dem Schöffengericht Schöneberg zu verantworten. Die Angeklagte lebt mit ihrem Mann in Scheidung. Sonderbarerweise richtete sich ihre Eifersucht gegen die Schwester ihres Mannes, eine junge Stenotypistin, und eines Tages verübte sie gegen ihre vermeintliche Nebenbuhlerin ein Attentat, indem sie ihr aus einem flüchtigen Salzfäureins Gießschiff Gießschiff. Glücklicherweise konnten die Verletzungen, die das junge Mädchen davontrug, vollständig wieder ausgeheilt werden. Die Verhandlung sollte ein trauriges Ehebild auf. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagte von ihrem Ehemann wiederholt in brutaler Weise mißhandelt worden war. Die Angeklagte behauptete, daß die Schwester ihres Mannes sie zuerst angegriffen und sie sich nur gerechert habe. Das Gericht war aber der Meinung, daß Frau Boldt über die Grenzen der Notwehr hinausgegangen sei, berücksichtigt aber gemäß den Darlegungen der Verteidigung, daß die Angeklagte sich im Zustand heftiger Erregung befunden habe, und erkannte auf eine Strafe von zwei Monaten Gefängnis. Außerdem wurde der Angeklagten noch eine Bewährungsfrist zubilligt.

Ausweisung eines ausländischen Häuserpekulanten.

Rechtsanwalt Erich Wäsch ersucht uns im Namen des Hauseigentümers Leopold Blum zu Berlin-Wilmersdorf, Kurfürstendamm 150, um Aufnahme der nachstehenden Berichtigung zu dem Artikel: Ausweisung eines ausländischen Häuserpekulanten in Nr. 111 vom 7. März des „Vorwärts“: 1. Unwahr ist, daß Herr Blum Ausländer im Sinne Ihres Artikels ist. Wahr ist vielmehr, daß er am 10. Dezember 1859 in Dirschau (Westpreußen) von deutschen Eltern geboren ist. 2. Unwahr ist, daß er in Häusern spekuliert. Wahr ist vielmehr, daß er mit seinem in 45jähriger angestrengter Arbeit erworbenen Vermögen in sein altes Vaterland zurückgekehrt ist. Er hat 1921 vier Häuser erworben bei einem Volkostande 59 bis 62, wie die Sachschreine dazwischen. Drei Häuser vor er noch jetzt. Das ist kein Aufkaufen von Häusern zum Zwecke der Spekulation. 3. Unwahr ist, daß Herr Blum Mieter drangsaliert oder aus ihren Wohnungen verdrängt. Wahr ist vielmehr, daß er von einer Ausnahme abgesehen, mit allen seinen Mietern im besten Einvernehmen lebt. Es liegt mir vor eine Erklärung unterzeichnet von allen Mietern des Hauses Kurfürstendamm 150, die erklären, daß sie von Herrn Blum keinerlei Schikanen erfahren haben oder drangsaliert worden sind. Ich war selber Augen- und Ohrenzeuge, ein wie ausgezeichnetes Verhältnis zwischen ihm und seinen Mietern herrscht. Die Mieter haben übrigens dem Fremdenamt aus eigenem Antrieb dieselbe Erklärung abgegeben und zugesandt. Nur ein Mieter hat nicht unterschrieben, der selber Ausländer ist. Wegen des Inhalts von Schriftsätzen einen Prozeß hat das Mietvereinsamt Wilmersdorf in einem von ihm selber in Gang gebrachten Verfahren auf meinen Antrag die Genehmigung zur Kündigung und Erhebung der Räumungsklage erteilt. 4. Unwahr ist, daß die amerikanische Vertretung von jeder Intention abgesehen hat. Sie ist um diese bisher gar nicht angegangen worden.

Unbestritten bleibt dennoch die Tatsache, daß Herrn Blum am 26. Februar die Aufenthaltserlaubnis mit sechsmonatiger Frist entzogen worden ist.

Schachturnier.

Menschengefüllte Säle, in denen tiefstes Schweigen herrscht, gehören sicher zu den Seltenheiten und doch konnte man sie vom Karfreitag bis zum ersten Osterfesttag im Gewerkschaftshaus beobachten. Dort wurde nämlich das 1. Internationale Arbeiter-Schachturnier abgehalten. Zu diesem waren Teilnehmer aus Schweden, aus Dänemark, Desterreich und der Tschechoslowakei, sowie aus allen Ecken Deutschlands, z. B. aus Nürnberg, Hamburg, Dresden, aus kleinen Orten des Erzgebirges, ferner aus dem bestetzten Gebiet, denn Essen, Duisburg, Hamborn und Düsseldorf hatten Vertreter entsandt. Die starke Beteiligung war natürlich nur durch die materielle Unterstützung schwacher Vereine möglich. Aufopfernd wurde eine Viertelmillion für diesen Zweck flüssig gemacht. Gespült wurde das Meisterturnier in 10 Gruppen à 6 Teilnehmern, das Rebenturnier in 12 Gruppen à 6 Teilnehmern, außerdem fanden Massenwettkämpfe statt. Durch Bildung von Landesgruppen wurde ein internationaler Zusammenschluß der Arbeiter-Schachspieler erzielt. — Der Deutsche Arbeiter-Schachbund wurde am 7. April 1912 in Nürnberg gegründet. Er hat sich aus kleinen Anfängen beharrlich emporgearbeitet. Die Arbeiter-Schachzeitung erscheint monatlich einmal 16 Seiten stark. Ihr Bezug ist obligatorisch und sie bildet ein starkes Bindeglied zwischen den einzelnen Mitgliedsvereinen. Arbeiter liefern die Beiträge, beschäftigen sich sogar mit Problemen und sind drauf und dran sich eine eigene Schachliteratur zu schaffen. Das Schachspiel soll verbreiten. Darum wird nie um Geld gespielt und es werden keine Ehrenpreise und Titel verliehen. Der Spieler soll zum Nachdenken und zur Konzentration erzogen werden. Um dem Glücksspiel noch mehr als bisher entgegenzutreten, tragen sich viele Arbeiter-Schachspieler mit dem Gedanken, auch die Brettspiele aufzunehmen. — Wie rege einzelne Vereine sind, geht daraus hervor, daß im Berliner Norden eine Jugendgruppe gegründet wurde. Die Stadtverwaltung war zuvorkommend und im Bedigenheim steht ein Zimmer an Spieletischen zur Verfügung. In zwei Jahren wurden in der Gruppe 250 Schülern die Anfangsgründe des Schachspiels beigebracht. Die Jugendlichen besuchen vielfach benachbarte Vereine, im Juni d. J. aber geht es zum Wettkampf nach Brindenburg, weil dann der dortige Verein sein 25jähriges Bestehen feiert.

„Gesegnetes“ Brasilien.

Aus Brasilien geht uns ein Bericht von organisierten deutschen Arbeitern zu, die den Lodungen Südamerikas gefolgt waren und die Reise über den Atlantischen Ozean angetreten hatten. Wir entnehmen dem Bericht, um dessen Abdruck alle Arbeiterzeitungen ersucht werden, folgende Einzelheiten, die durchaus Beachtung verdienen.

„Nur in zwei Staaten Brasiliens, und zwar in Minas Geraes und Espirito Santo wird von Staatswegen isoliert. Alles was sonst behauptet wird, ist unwahr. In allen anderen Staaten erhalten die ankommenden Einwanderer keine Unterfütterung. Sie sind auf sich selbst oder auf die Müdigkeit dritter Personen angewiesen. Ein Leben für die ohne jegliche Mittel auf den Kolonien ankommenden ist unmöglich. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich in Brasilien bedeutend verschlechtert. Alle Lebensmittel sind um 30 bis 50 Proz. im Preise gestiegen, ebenfalls Wohnungsmieten in den Städten um 50 Proz., alle anderen Produkte um oft 100 Proz. Die Löhne sind zurückgegangen, und die Arbeitsgelegenheit hat sich bedeutend vermindert, was, da Brasilien kein Industrieland ist, zum größten Teil auf die starke Einwanderung zurückzuführen ist. Unter den schwersten wirtschaftlichen Kämpfen müssen die hiesigen Arbeiter (die von dem deutschen Durchschnittsmenschen als „rasenminderwertig“ bezeichnet werden) gegen die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Front machen, wobei ihnen in fast allen Fällen die neu Eingewanderten in den Rücken fallen. Denn besonders der Deutsche holt sich seine Informationen nicht bei den Arbeiterorganisationen, sondern bei den Unternehmern und Ausbauern.“

Woh! ist uns bekannt, in welsch traurigen Verhältnissen sich der Arbeiter in Deutschland befindet. Dennoch müssen wir erklären, daß diejenigen, unter denen die Arbeiter hier zu leben haben, nicht besser sind. Fast alle Einwanderer machen sich die größten Illusionen, oder schon in den ersten Wochen ihrer Hoffnungen über den Hausen. Arbeitslos, wohnungslos und hungrig und hasten sie durch die Straßen und bieten sich dem hiesigen brutalen Ausbeutertum als willkommene Lohndrücker an. 4 bis 5 Dollar Tageslohn für ungelernete Arbeiter und 6 bis 7 Dollar für Handwerker sind keine Seltenheit, wobei ledige Personen 90 bis 120 Dollar pro Monat für Kost und Schlafstelle bezahlen müssen. Hygiene gibt es in keinem Betriebe, Schuhschneidungen an den Maschinen existieren in den wenigsten Fällen, Kranken-Lassen gibt es nur einige Privat- und Betriebskrankenstellen. Daß die Mittellosen in sogenannten Klutropfen oder Leiharbeiter erledigt werden, ist an der Tagesordnung. Schieds- und Gewerbegerichte sind unbekannt. Bei der Polizei und den Gerichten ist der Proletarier in den Städten und noch mehr auf den Kolonien völlig rechtlos. Unsere Pflicht als organisierte Arbeiter zwingt uns, diese Zustände der deutschsprachigen Arbeiterhilfe mitzuteilen. Weitere Auskunft erteilt die Schriftleitung der einzigen in deutscher Sprache erscheinenden sozialistischen Zeitung Südamerikas „Der freie Arbeiter“ in Porto Alegre, Rua Don Pedro II Nr. 19, Rio Grande do Sul, Brasil.

Schwere Autounfälle.

Ein einem Heidenauer Fabrikanten gehöriges Auto fuhr auf der Straße Reustadt-Stolpen, als es einen anderen Wagen überholen wollte, über einen Steinhaufen und prallte gegen einen Straßbaum, wodurch das Auto völlig zerstört wurde. Von den sechs Insassen des Kraftwagens wurden drei, und zwar zwei Geschäftleute aus Heidenau, sowie die Frau des Automobilbesizers, sofort getötet, eine andere Frau schwer verletzt. Die Schuld an dem Unfall soll den Fahrer und Besitzer des Autos selbst treffen.

Aus Mantua wird gemeldet, daß ein Automobil, in dem sich 8 Personen befanden, von einem Zug überfahren wurde, 7 Personen wurden sofort getötet, die achte schwer verletzt.

Feuer an Bord. Die Funkenstation in Marcielle hat am Mittwoch EDS-Rufe (der Dilsufer der in Senot geratenen Schiffe) von dem landüblichen Dampfer City of Victoria aufgenommen, an dessen Bord ein schweres Feuer ausgebrochen war. Das Schiff befindet sich auf 50 Grad 10 Min. nördlicher Breite und 18 Grad 50 Min. westlicher Länge.

Das Fest der silbernen Hochzeit begeht heute der langjährige Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebungs Genosse Andreas Wirus, Altdenberg, Rittergutsstraße. Dem Jubilar und seiner Frau auch an dieser Stelle die besten Wünsche.

Aus der Partei.

Der Hamburger Volksgesetz. Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Unitarischen Partei Italiens haben in ihrer letzten Zusammenkunft beschlossen, den Hamburger Kongreß zu beschicken. Sie beauftragten die Genossen Canepa, Baccica und Rondolfo, die Auffassung der sozialdemokratischen Unitarischen Partei unter Zugrundelegung der Richtlinien der ersten Internationale zu formulieren und in Hamburg zu vertreten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Arbeiterkassen u. a. m., Bezirk 8 (Gilden), Mittwoch, den 4. April, abends 8 Uhr, in Gildens Hofhaus, Wallstraße 75, Bezirksversammlung. Ausführliches Referat über die Rolle der Reichsvereinsorganisation.

Wetter bis Donnerstag mittag. Trocken und überwiegend heiter, nur übergehend etwas stärker bewölkt bei meist schwachen nordöstlichen Winden, außer in den Mittagsstunden ziemlich kühl. In der Nacht zu Donnerstag wieder vielfach leichter Frost.

Wirtschaft

Die Kapitalerhöhung der sozialen Baubetriebe.

Der Verband Sozialer Baubetriebe G. m. b. H. hat in seiner Gesellschaftsversammlung am 26. März d. J. sein Stammkapital von 25 auf 125 Millionen Mark erhöht. Da der Verband Sozialer Baubetriebe lediglich die wirtschaftliche Spitzenorganisation der sozialen Baubetriebe Deutschlands darstellt, unter der 19 Bauhüttenbetriebsverbände, die gleichfalls die Rechtsform einer G. m. b. H. haben und mit eigenem Stammkapital ausgerüstet sind und mit rund 250 Betrieben des Bau-Haupt- und Nebengewerbes arbeiten, die wiederum fast durchweg die Rechtsform der G. m. b. H. haben, so stellt der vom Verband Sozialer Baubetriebe geleitete und von den freien Gewerkschaften Deutschlands geschaffene soziale Baustrukt zurzeit das größte bauwirtschaftliche Unternehmen in Deutschland dar. In seinen Betrieben arbeiten rund 20 000 Arbeiter und Angestellte. Die Sachwerte dieser Betriebe werden auf mehr als 10 Milliarden Mark abgeschätzt.

Bemerkenswert ist, daß diese Organisation in den Anfängen wohl schon im Jahre 1919 geschaffen wurde, aber erst in den Jahren 1920, 1921 und 1922 zur stärkeren Entfaltung kam. Trotz größter Schwierigkeiten, die die vergangene Zeit dem Aufbau neuer Betriebe entgegensetzte, haben es der Verband Sozialer Baubetriebe und seine angeschlossenen Betriebe ermöglicht, sich eine Stellung auf dem Bauparkt zu erringen, die wesentlich zur Preisfestung, jedenfalls zur Verhinderung der Steigerung der Baupreise beitrug. Im Vergleich zu den Baupreisen und zu den Preisen für Stahl, Eisen, Holz, Glas und Rohle sind die Baupreise dank der Einschaltung der Bauhütten verhältnismäßig niedrig geblieben.

Der Verband Sozialer Baubetriebe und seine angeschlossenen Bauhüttenbetriebsverbände sind auch dazu übergegangen, eigene baustoffherzeugende Betriebe zu errichten und zu betreiben. So arbeiten zurzeit in seiner Organisation mehrere Ziegelwerke, Schlackensteinfabriken, Sögewerke, Steinbrüche, Schiefergruben usw.

Das Stammkapital der Spitzenorganisationen ist reiflos von den gewerkschaftlichen Organisationen der Hand- und Kopfarbeiter aufgebracht worden, während das Stammkapital der einzelnen Bauhütten von öffentlich-rechtlichen Körperschaften und gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften gezeichnet wurde. Privatkapital ist weder am Verband Sozialer Baubetriebe noch an den einzelnen Bauhütten beteiligt.

Die preußische Anleihe. Die schon angekündigte preußische Staatsanleihe wird nunmehr zur öffentlichen Zeichnung ausgesetzt. Es handelt sich um eine mit veränderlichem, dem Reichsbankdiskontsatz angepaßten Zinssatz ausgestattete Markanleihe, die eine den jeweiligen Geldmarktwertverhältnissen entsprechende Verzinsung bietet. Für die Sicherheit der Anleihe haften der preußische Staat mit seinem gesamten Vermögen, das sich neben Beteiligungen an einer Reihe von gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen in der Hauptsache aus seinem Besitz an Domänen (rund 230 000 Hektar Größe), seinen Forsten im Ausmaß von 2 411 000 Hektar und seinen Bergwerken in West-, Mittel- und Ostdeutschland mit einer bedeutenden Produktion an Eisenschlacken, Braunkohlen, Erzen und Kalk zusammensetzt. Demgegenüber sind die Schulden des preußischen Staates, nachdem infolge des Eisenbahnvertrages am 1. April 1920 die bis dahin aufgenommenen fundierten und schwabenden Schulden vom Reich übernommen worden sind, gering.

Das Loch im Westen wieder offen. Das alte Loch im Westen, das unterer Währung schon dreimal, nach Ablauf des Waffensstillstandes, im Jahre 1920 und während der widerrechtlichen „Sanktionen“ im Jahre 1921 schwer geschadet hat, ist durch die von den Franzosen und Belgiern getroffene Regelung der Einfuhr zum vierten Male wieder geöffnet worden. Große Mengen fremder Erzeugnisse, besonders französischer Luxuswaren, werden von der Befugnis in die besetzten Gebiete hineingekracht. Daneben steht der Einfuhrschmuggel an der Westgrenze wieder in hoher Blüte. Die Schieber erfreuen sich des besonderen Schutzes der Franzosen und Belgier sowie der Rheinlandkommission. Für die Einfuhr ist die Westgrenze zurzeit überhaupt zu meiden. Von Schieberangeboten darf kein Gebrauch gemacht werden. Firmen, die durch das Loch im Westen hereingekommene Waren ankaufen, werden durch Veröffentlichung ihres Namens an den Branger gestellt. Sie machen sich strafbar, wenn sie Waren verkaufen, die mit feindseligen Bewilligungen hereingekommen sind, und werden wegen Zollhinterziehung belangt, wenn sie Schieberwaren kaufen.

Preiserhöhung für Stickstoffdünger. Um den Landwirten, die sich noch nicht mit Stickstoffdünger versorgt haben, die Möglichkeit zu geben, solchen noch für die Frühjahrsbefestigung billig zu erwerben, hat das Stickstoffmonopol den Preis für Stickstoffdünger ohne Rücksicht auf die Herstellungskosten verändernd erheblich und weit über das durch die Kohlenpreiserhöhung vom 1. April bedingte Maß hinaus heraufgesetzt. Das Kilogramm Stickstoff kostet demnach im Schwefelsäure-Ammoniak, salzsauren Ammoniak und Kalkammonialpeter 6 000 M., Natronsalpeter 7 250 M., Kaliumstickstoff 5 400 M. Das Stickstoffmonopol hat sich an diese Preise gebunden, falls Bestellung, Abwurf und Bezahlung bis zum 17. April 1923 einschließlich erfolgt sind.

Das Privatkapital in Industrie und Handel in Rußland. Nach „Zwestija“ sind zurzeit ungefähr 4000 industrielle Unternehmungen und 6000 Rußland an private Unternehmer verpachtet. Angesichts der geringen Bedeutung dieser Unternehmungen könnte man die Rolle des Privatkapitals in der Industrie als nichtig bezeichnen. Einen um so wichtigeren Platz nehme das Privatkapital im Handel ein, da nahezu 90 Proz. aller Potente auf Handelsunternehmungen in den Händen Privater seien. Demgegenüber sei die Aufgabe des Staates, den Markt durch Syndikate zu regeln und die Konsumgenossenschaften zu stärken.

Devisenkurse.

	8. April		29. März	
	Käufer (Geld)-Kurs	Verkäufer (Brief)-Kurs	Käufer (Geld)-Kurs	Verkäufer (Brief)-Kurs
1 holländischer Gulden	8278.25	8320.75	8279.25	8320.75
1 argentinische Papier-Peso	7750.57	7789.48	7760.55	7769.45
1 belgischer Franc	1197.—	1208.—	1201.88	1208.03
1 norwegische Krone	8800.47	8819.58	8800.47	8819.58
1 dänische Krone	4019.92	4040.08	4029.90	4050.10
1 schwedische Krone	5386.—	5414.—	5386.—	5414.—
1 finnische Mark	875.55	870.45	875.55	878.45
1 japanischer Yen	9975.—	10025.—	9975.—	10025.—
1 italienische Lire	1054.85	1060.15	1087.40	1042.80
1 ungarische Wena	98004.87	98495.01	98258.75	98746.25
1 Pfund Sterling	21047.25	21152.75	20922.56	21027.44
1 Dollar	1399.90	1406.01	1398.99	1406.01
1 französischer Franc	8238.91	8240.09	2994.25	2905.75
1 Schweizer Franc	8890.25	8909.75	8885.20	8904.74
1 spanische Peseta	8238.91	8243.09	8238.91	8253.12
100 österr. Kronen (abgefl.)	20.72	20.88	20.67	20.83
1 tschechische Krone	826.92	830.08	830.42	833.58
1 ungarische Krone	4.95	4.99	4.88	4.92
1 bulgarische Wena	157.10	157.99	159.99	159.40
1 japanischer Yen	209.47	210.53	210.47	211.58

1 Polenmark kostete im freien Verkehr etwa 51 Pfg.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus 7 1/2 Uhr: Tosca
Volksbühne 7 1/2 Uhr: Web' dem, der lügt
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell

Theater l. d. Königsgrüner Str. Meisters
7.30: Mecklenburger
Königsgrüner Str. Meisters
7.30: Mecklenburger

Opernhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut

Opernhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut

Opernhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut

Opernhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut

VERGNÜGUNG/PARK
AM LEHRTER BAHNHOF
eröffnet
mit sensationellen Attraktionen

Verlobung Trauringe
Dnk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an
einfache Trauringe, gest. von 6000 M. an

Casino-Theater Zum blauen Kakadu
WINDGARTEN
Variété-Spielplan!
Rauschen gestattet!

Admirals-Variété
800 April-Programm
wie immer - erstklassig

Natura
Institut für naturgemäße Heilweise
Berlin, Blücherplatz 3

Modellverkauf!
Preise teilweise bis 50 Prozent ermäßigt!!!
Entzückende Modellkostüme . . . von 129000-375000

„Eintracht“
Braunkohlenwerke und Brikettfabriken
Aktiengesellschaft in Welsow N.-L.

„Eintracht“
Der Vorstand.
Dr. Wolf. Dr. Voigt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin 54, Lindenstraße 83/85.

Bandwurm
durch Reichs-Bandwurm-Mittel, 30 Jahre
Erfolge. 30. 2500.-

Zigaretten
noch so billig
Lichtenberg,
Blumenweg 2 (65/200)

Der Kapitän-Kaufabak
ist in d. meist Zigarrengeschäft, erhält.
Berlin, Lichtenberger
C. Röcker, Straße 22. - Kst 3861.

Wohnung
Wohnung
Wohnung

Wohnung
Wohnung
Wohnung

Wohnung
Wohnung
Wohnung

Wohnung
Wohnung
Wohnung

Wohnung
Wohnung
Wohnung

Wohnung
Wohnung
Wohnung

„Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

- List of distribution points and advertising agencies across various districts like Charlottenburg, Prenzlauer Berg, etc.